

## V-4 Schützen wir die Menschen in NRW vor der Klimakrise – vorsorgen, investieren, Katastrophenschutz verbessern

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 16.08.2021  
Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

### Antragstext

1 Noch immer ist das Ausmaß der Schäden der verheerenden Flutkatastrophe vom 14.  
2 Juli 2021 nicht komplett erfasst. Vor allem der Verlust von Menschenleben  
3 berührt uns tief. Durch das Hochwasser haben in Nordrhein-Westfalen nach  
4 aktuellem Stand 47 Menschen ihr Leben verloren, darunter auch vier  
5 Feuerwehrleute. Bundesweit waren es mindestens 180 und immer noch werden  
6 Menschen in Rheinland-Pfalz vermisst. Bei ihnen sind unsere Gedanken, ihren  
7 Angehörigen und Freund\*innen gilt unsere Anteilnahme.

8 Gleichzeitig rollt eine Welle der Hilfsbereitschaft und Solidarität durch unser  
9 Land. Unser Dank gilt den ehren- und hauptamtlichen Einsatzkräften sowie den  
10 unzähligen spontanen Helfenden, die seit dem 14. Juli fast pausenlos im Einsatz  
11 sind.

12 Viele Menschen in NRW stehen wortwörtlich vor den Trümmern ihrer Existenz. Den  
13 Wassermassen sind ganze Straßenzüge zum Opfer gefallen. Viele Brücken und  
14 Schienenstränge sind komplett zerstört. Die öffentliche Infrastruktur in den  
15 betroffenen Kommunen ist unter Schlamm, Schutt und Geröll begraben. Über 100  
16 Schulen und Kitas sind durch das Hochwasser in Mitleidenschaft gezogen worden.  
17 Schlamm und Umweltgifte belasten Landschaften und Gewässer.

18 Die Flut und ihre Folgen werden das Leben vieler Familien noch lange belasten.  
19 Der Wiederaufbau wird immens viel Geld und noch mehr Zeit kosten. Es ist gut,  
20 dass mit den Soforthilfen schnell und unbürokratisch Hilfe geleistet wird. Diese  
21 muss nun auch wirklich bei den betroffenen Menschen, den Kommunen und Betrieben  
22 ankommen. Wir GRÜNE werden diesen Weg nach Kräften unterstützen.

23 Ein Tag wie der 14. Juli ändert für die Menschen in den Flutregionen alles. Und  
24 er mahnt uns alle: Wir brauchen sofort mehr Anstrengungen im Klimaschutz. Denn  
25 wir wissen, dass durch die Klimakrise Starkregen, Fluten ebenso wie extreme  
26 Hitze, Dürren, Waldbrände und Stürme zunehmen. NRW steht als Industrieland und  
27 als Kohleland in besonderer Verantwortung, seinen Beitrag zu leisten – nicht  
28 zuletzt zum Schutz der eigenen Bevölkerung. Längst geht es nicht mehr darum, zum  
29 Status vor zwanzig Jahren zurückzukehren, sondern eine unkontrollierbare  
30 Verschärfung der Klimakrise abzuwenden, damit "Jahrhundertflut", "-sturm" oder  
31 „-dürre“ nicht im Dreijahrestakt kommen. Deshalb unterstützen wir GRÜNE NRW  
32 entschieden ein Klimaschutzsfortprogramm einer neuen Bundesregierung. Für NRW  
33 bedeutet mehr Klimaschutz konkret, endlich deutlich mehr Landesflächen für  
34 Windenergie auszuweisen, Solar zum Standard auf unseren Dächern zu machen, die  
35 Kohleverstromung bis 2030 zu beenden und die Grundlagen zu schaffen, damit auch  
36 die Dörfer im Rheinischen Revier zu erhalten. Hier ist auch die Landesregierung  
37 mit konkreten Handlungen gefragt. Wie kaum ein anderes Land wird NRW von einem  
38 „Klimapakt“ profitieren, der unserer energieintensiven Industrie Sicherheit im  
39 Wandel und dem Handwerk Aufträge durch Investitionen gibt – und bei dem das

40 Energiegeld vor allem Menschen mit geringeren und mittleren Einkommen bei der  
41 Umstellung auf klimaneutrales Leben unterstützt.

42 Nicht jede Naturkatastrophe ist eine unmittelbare Folge der Erderhitzung.  
43 Starkregen, heiße Sommer, Waldbrände und Sturmfluten gab es auch in der  
44 Vergangenheit. Aber die Heftigkeit, die Anzahl und die schnelle Abfolge der  
45 Extremwetterereignisse sind ein untrüglicher Indikator dafür, dass die  
46 Klimakrise längst da ist, vor unserer Haustür. Es gibt es kein Zurück mehr zum  
47 alten Klima. Deshalb ist die Anpassung an den Klimawandel so wichtig. Um Mensch  
48 und Umwelt in NRW vor der Klimakrise zu schützen, müssen wir Vorsorge betreiben  
49 und unsere Art und Weise überdenken, wie wir Häuser, Städte und Straßen bauen.  
50 Wir müssen der Natur mehr Raum geben und unser Verhältnis zur Natur neu  
51 bestimmen. Und nicht zuletzt stehen wir in der Pflicht, unseren  
52 Katastrophenschutz deutlich zu verbessern, um Menschenleben bei solchen  
53 schrecklichen Ereignissen zu schützen.

54 Im Mittelpunkt steht für uns dabei die Vorsorge als Leitprinzip von Politik. Das  
55 fällt nicht immer leicht, weil Investitionen und Vorkehrungen getroffen werden,  
56 von denen unmittelbar niemand zu profitieren scheint, die aber in der Zukunft  
57 großen Schaden abwenden können. Das erzeugt auch politische und wirtschaftliche  
58 Zielkonflikte, etwa um die Nutzung von Flächen. Diese anzugehen und politische  
59 Lösungen zu finden, ist alles andere als leicht – aber es ist unser Auftrag.

## 60 **Stärken wir den Hochwasserschutz und geben der** 61 **Natur mehr Raum**

62 Um für künftige Starkregen und Überschwemmungen besser gewappnet zu sein,  
63 intensiveren wir den Hochwasserschutz. Dafür setzen wir auf bessere  
64 Risikobewertungen, verstärken den technischen Hochwasserschutz und bieten der  
65 Natur mehr Raum, damit sie zusätzliches Wasser aufnehmen kann, ohne Menschen zu  
66 gefährden.

67 Hochwasserrisiken besser einschätzen und Warnsystem ausbauen: Hochwasserrisiken  
68 wollen wir im gesamten Land neu bewerten. Denn die Klimakrise verändert die  
69 Maßstäbe. Vielerorts haben die Wassermassen und Pegelstände alle Szenarien  
70 übertroffen. Die beste Risikoberechnungen und Warnungen helfen aber nichts, wenn  
71 sie nicht richtig interpretiert werden und in konkreten Handlungsanweisungen für  
72 die Bevölkerung, Einsätzen oder auch Evakuierungen münden. Wichtig ist daher die  
73 Verzahnung unterschiedlicher Fachleute in den Verwaltungen sowie die  
74 Vorbereitung der Kreise und kreisfreien Städte auf möglichen  
75 Katastrophenszenarien. Wir brauchen schnellstmöglich wieder flächendeckend  
76 funktionstüchtige Sirenen und ein System von Warn-Nachrichten auf das Handy  
77 (Cell Broadcasting) zusätzlich zu den bestehenden Warnsystemen. Warnungen müssen  
78 klar und verständlich sein sowie Handlungsanweisungen enthalten.  
79 Selbstverständlich ist der Staat in der Verantwortung, für den Schutz seiner  
80 Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Im Katastrophenfall ist es aber wichtig, dass  
81 die Menschen wissen, wie sie sich am besten verhalten sollen. Deshalb wollen wir  
82 die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung durch innovative Informationskampagnen  
83 stärken.

84 Hochwasserschutz mit der Natur, nicht gegen sie: Wir müssen das Wasser in der  
85 Landschaft halten. Denn wo Regen in unversiegelten Böden versickern kann und

86 Flüsse sich auf unbebaute Gebiete ausdehnen können, werden Hochwasser  
87 abgeschwächt. Weder in großflächigen Siedlungs- und Gewerbegebieten noch auf  
88 tief entwässerten Flächen der intensiven Landwirtschaft kann der Boden das  
89 Wasser mehr in ausreichendem Maß aufnehmen und eine Flutwelle so nicht mehr  
90 entscheidend reduzieren. Und wo Häuser zu nah an Gewässern stehen, sind die  
91 Menschen großen Risiken ausgesetzt.

92 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat im Rahmen ihrer Deregulierungspolitik in  
93 den letzten Jahren zahlreiche Verschlechterungen beschlossen, die am Ende vor  
94 allem das Risiko erneuter Hochwasser und Flutkatastrophen erhöhen könnten. So  
95 soll die Bebauung in Rückhalteflächen wieder erlaubt werden. Das Ziel, den  
96 landesweiten Flächenverbrauch auf 5 ha/Tag zu begrenzen, wurde hingegen aus dem  
97 Landesentwicklungsplan gestrichen. Schwarz-gelb entzieht den Behörden sowohl die  
98 Möglichkeit, risikoreiche Bauvorhaben in Überschwemmungsgebieten zu verhindern  
99 und eine besondere Schutzzone entlang von Gewässern auszuweisen  
100 (Gewässerrandstreifen), als auch ein Vorkaufsrecht von Flächen zugunsten der  
101 naturnahen Gewässerentwicklung auszuüben. Dabei brauchen Land und Kommunen mehr  
102 Kompetenzen, um präventiven Hochwasserschutz zu betreiben, nicht weniger. Wir  
103 werden diese Änderungen wieder rückgängig machen. Zudem geht der Umbau zu  
104 naturnahen Gewässern viel zu langsam voran. Wir wollen die Europäische  
105 Wasserrahmenrichtlinie konsequent umsetzen und unseren Flüssen wieder mehr Raum  
106 geben. Denn naturnahe Gewässer mit intakten, strukturreichen Auenlandschaften  
107 sind ein wirksamer Beitrag zum Hochwasserschutz.

108 Technischen Hochwasserschutz stärken: Ergänzend zu ökologischen Hochwasserschutz  
109 müssen wir auch technische Möglichkeiten nutzen, um kurzfristig Wassermassen von  
110 bewohnten Gebieten fernzuhalten. Das Juli-Hochwasser hat unkontrolliert  
111 Kiesgruben und den Braunkohletagebau geflutet, mit großen Schäden für Mensch und  
112 Natur. Um Siedlungen zu schützen, brauchen wir mehr Möglichkeiten, solche  
113 Rückhaltebecken kontrolliert zu fluten. Deiche und Wälle müssen ertüchtigt  
114 werden.

115 Klimavorsorge für unsere Städte, Gemeinden und Infrastruktur: Auch wenn wir  
116 Überschwemmungen nicht allein durch einen besseren Städtebau verhindern können,  
117 so wissen wir doch: Jeder Kubikmeter, der versickert oder kontrolliert abläuft,  
118 kann helfen, das Fass nicht zum Überlaufen zu bringen. Schwammstädte mit  
119 unterirdischen Wasserspeichern und mehr Grünflächen, bepflanzte Dächer und Bäume  
120 in unseren Städten und Dörfern helfen nicht nur, große Wassermassen aufzufangen.  
121 Sie bilden auch einen Vorrat in Hitze- und Dürrephasen und spenden Kühlung. Wir  
122 wollen mit einem Grünen Zukunftspakt NRW nachhaltige Investitionen stärken,  
123 insbesondere bei der Klimaanpassung in den Kommunen. Beim Wiederaufbau der  
124 Dörfer und Städte in den Flutgebieten kommt es jetzt darauf an, dass Häuser und  
125 Infrastruktur so gebaut werden, dass sich die Fehler der Vergangenheit nicht  
126 wiederholen und die neue Infrastruktur und neuen Häuserwiderstandsfähiger gegen  
127 die Auswirkungen der Klimakrise und die vermehrt zu erwartenden Katastrophen  
128 werden. Die Flut hat auch zehntausende Heizungen zerstört und die Menschen  
129 müssen jetzt über die Investition in eine neue Heizungsanlage entscheiden. Dazu  
130 brauchen wir klare Förderanreize, damit in der Not eine zerstörte Ölheizung vor  
131 dem Winter nicht einfach nur durch eine neue Ölheizung, sondern z. B. durch eine  
132 klimafreundliche, effiziente Wärmepumpe ersetzt wird.

133 Private Vorsorge und Absicherung stärken: Wir wollen Bürger\*innen gezielt  
134 unterstützen, ihre Häuser und Wohnungen widerstandsfähig zu machen. Dafür

135 braucht es Förderprogramme ähnlich wie bei der ökologischen Gebäudesanierung,  
136 flankiert von entsprechenden Beratungsangeboten. Die Versicherung für  
137 Elementarschäden sollte Standard werden.

## 138 **Stärken wir den Katastrophenschutz**

139 Der Katastrophenschutz ist laut Grundgesetz zuallererst Aufgabe der Länder. In  
140 den Ländern sind die Kreise und kreisfreien Städte die zuständigen  
141 Katastrophenschutzbehörden. Die konkrete Koordination und politische  
142 Verantwortung im Krisenstab in einer Großschadenslage oder eine Katastrophe  
143 obliegen zunächst den Oberbürgermeister\*innen oder Landrät\*innen. Das Rückgrat  
144 des Katastrophenschutzes bilden die überwiegend ehrenamtlichen Mitglieder der  
145 Hilfsorganisationen, der Feuerwehren und des Technischen Hilfswerks.

146 Die dezentrale Organisation ist grundsätzlich sinnvoll, damit Hilfe schnell  
147 überall verfügbar ist und an die lokalen Besonderheiten angepasst werden kann.  
148 Die Akteure leisten großartige Arbeit. Es ist aber offensichtlich, dass beim  
149 Juli-Hochwasser das Zusammenspiel von Bund, Ländern und den Kommunen nicht  
150 ausreichend funktioniert hat. Das Ineinandergreifen des Gesamtsystems muss zur  
151 Rettung von Menschenleben und auch von Eigentum und Infrastruktur besser werden.  
152 Denn bereits mehrere Tage im Voraus hatte das Europäische Hochwasserwarnsystem  
153 (EFAS) vor Starkregen und Überflutungen gewarnt. Die Warnungen wurden aber  
154 offensichtlich nicht überall wahrgenommen, interpretiert und die entsprechenden  
155 Entscheidungen, etwa zur Evakuierung, getroffen. Die Landesregierung kann die  
156 Verantwortung dafür nicht allen auf die Kommunen schieben und auf das  
157 funktionierende Warnsystem verweisen. Auch sie hat es versäumt, die Warnungen  
158 des Deutschen Wetterdienstes inhaltlich zu bewerten und Kontakt zu den Kommunen  
159 aufzunehmen. Das Innenministerium als für den Katastrophenschutz zuständiges  
160 Ministerium hätte Kontakt mit dem Umweltministerium in Fragen des  
161 Hochwasserschutzes, etwa bezüglich der Talsperren, aufnehmen müssen. Die  
162 Landesregierung hat darauf verzichtet, selbst Warnungen auszusprechen und dies  
163 allein den Kommunen überlassen. Es braucht eine gründliche, systematische und  
164 unabhängige Aufarbeitung der Flutkatastrophe, ihrer Ursachen und Folgen und  
165 Vorschläge für notwendige Strukturänderungen.

166 Gleichzeitig sehen wir schon jetzt, dass es an der Zeit ist, angesichts von  
167 großen Unwettern und Pandemien das Katastrophenschutzsystem grundsätzlich  
168 weiterzuentwickeln. Der Grundsatz für die künftige Zusammenarbeit zwischen Bund,  
169 Ländern und Kommunen im Katastrophenschutz muss weiterhin Dezentralität sein –  
170 aber mit einer starken Koordinierung.

171 Katastrophenschutzbedarfspläne zum Standard machen. Kommunen müssen sich besser  
172 auf unterschiedliche Katastrophenfälle vorbereiten und dabei von Landesseite  
173 unterstützt werden. Während für die alltägliche Gefahrenabwehr durch die  
174 Feuerwehren bereits in jeder Kommune Bedarfspläne erstellt und politisch  
175 beschlossen werden, ist das beim Katastrophenschutz in den Kreistagen und  
176 Stadträten der kreisfreien Städte noch nicht der Fall. Verpflichtende  
177 Risikoanalysen müssen die Basis für die Planungen der Kreise sein.  
178 Katastrophenschutzbedarfspläne sollen für unterschiedliche  
179 Katastrophenszenarien, wie etwa Hochwasser oder langanhaltende Stromausfälle,  
180 vorplanen. Daraus werden Personal, Ausstattung und finanzieller Bedarf  
181 abgeleitet. Der Plan sollte mindestens alle fünf Jahre politisch beschlossen und

182 damit eine politische Legitimation und öffentliche Beachtung finden. Wir wollen  
183 das Katastrophenschutzgesetz ändern, um die Katastrophenschutzbedarfspläne  
184 verbindlich einzuführen.

185 Mehr Kompetenz und Verantwortung auf Landesebene als Unterstützung der Kommunen  
186 Das Land NRW muss die Kommunen besser unterstützen und im Fall größerer  
187 Katastrophen Kompetenzen an sich ziehen können. Kreise und kreisfreie Städte  
188 dürfen in einer solchen Lage nicht allein gelassen werden. Deshalb werden wir  
189 die Möglichkeit des landesweiten Katastrophenfalls gesetzlich festschreiben.  
190 Damit verbunden ist eine Katastrophenschutzplanung für das Land notwendig. Um  
191 die Kompetenzübertragung in einer Katastrophe von den Kreisen und kreisfreien  
192 Städte auf die Landesebene ausführen zu können, muss auf Landesebene die  
193 entsprechende Struktur geschaffen werden. Eine Katastrophenschutzbehörde kann  
194 dafür eine gute Lösung sein.

195 Zusammenarbeit von Bund und Ländern verbessern: Das Bundesamt für  
196 Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe wollen wir zu einer Zentralstelle  
197 umbauen, die eine stärkere koordinierende Funktion ausfüllt. Damit einhergehen  
198 u.a. verpflichtende Meldungen aus den Ländern, um in einer Lage Hilfe, z.B.  
199 Einsatzmittel besser und schneller koordinieren zu können. Das Land NRW muss  
200 seine bisherige Verweigerungshaltung aufgeben und für eine stärkere  
201 Zusammenarbeit von Bund und Ländern sorgen.

202 Schon lange ist klar, dass keine Region in Deutschland vor den Folgen der  
203 Klimakrise verschont bleiben wird. Auch NRW nicht. Die Klimakrise verschiebt die  
204 Risiko-Maßstäbe. Wir werden mit einer Politik der Vorsorge darauf reagieren.